

Antrag

der Abg. Peter Seimer und Andrea Schwarz u. a. GRÜNE

Digitale Resilienz in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche digitalen Kommunikationswege die Landesregierung in Krisensituationen anbietet, um Bürgerinnen/Bürger über Notfalltreffpunkte, Verhaltensanweisungen, etc. aufzuklären und zu informieren (bitte unter Angabe, wie darüber auch vor Krisenereignissen zur persönlichen Krisenvorbereitung aufgeklärt wird);
2. wie die Landesregierung eine resiliente Kommunikationsinfrastruktur für diese Zwecke sicherstellt (unter Angabe einer Bewertung von [Teil-]Ausfällen von Mobilfunknetz, Breitbandnetz, Satellitenkommunikation, DAB+, UKW, etc.);
3. wie sie eine Notwendigkeit des Erhalts von DVB-T2 und Simulcast (gleichzeitiger Betrieb von UKW und DAB+) im Speziellen den Erhalt von UKW von Seiten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Hinblick auf Resilienz in Krisensituationen bewertet;
4. ob die Landesregierung aktuell Maßnahmen plant, um die digitale Vernetzung des Bevölkerungsschutzes zu verbessern (wenn ja, welche);
5. ob der Landesregierung Projekte zu digitalen Schnittstellen zwischen den Führungs- und Lagezentren der Polizei und den Integrierten Leitstellen für Feuerwehr und Rettungsdienst bekannt sind und wie sie diese bewertet und ggf. voran bringt;
6. wie die Integrierten Leitstellen gegen Angriffe auf deren digitale Infrastruktur geschützt sind und welche präventiven Vorgaben hierzu bestehen;
7. inwiefern insbesondere Vorgaben zum betrieblichen Kontinuitätsmanagement (BCM) nach einem digitalen (bspw. durch Ransomware, Datendiebstahl, Datenlöschung) oder physischen Angriff (bspw. durch Feuer, Einsturz, notwendige Evakuierung) für die Integrierten Leitstellen bestehen bzw. umgesetzt sind;
8. ob es zur Wahrung der digitalen Resilienz im Krisenfall Ausfalloptionen für bspw. das Vorhalten von wichtigen Daten – wie es kritische Patientendaten sind – oder notwendiger Rechenleistung, welche physisch nicht in Baden-Württemberg und nicht in einem angrenzenden Bundesland angesiedelt sind, gibt;
9. ob aktuell im Fall eines Cybersicherheitsvorfalls, welcher die Verfügbarkeit, Integrität oder Vertraulichkeit von kritischen IT-Systeme beeinträchtigt, physische Faktoren wie bspw. das Runterfahren eines industriellen Hochofens mitbedacht werden;
10. inwieweit der Landesregierung – in Anbetracht der Tatsache, dass die praktische Sicherstellung der Funktionsfähigkeit und der Schutz der KRITIS grundsätzlich deren Betreibern obliegt – praktische Kenntnisse über die digitale Arbeitsfähigkeit von KRITIS in Baden-Württemberg im Krisenfall hinsichtlich einer stabilen Stromversorgung vorliegen;

11. inwieweit der Landesregierung – in Anbetracht der Tatsache, dass die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit und der Schutz der KRITIS grundsätzlich deren Betreibern obliegt – praktische Kenntnisse über die digitale Arbeitsfähigkeit von KRITIS im besonderen Fall eines Cybersicherheitsvorfalls, welcher die Verfügbarkeit, Integrität oder Vertraulichkeit von kritischen IT-Systemen beeinträchtigt, vorliegen;
12. ob die Landesregierung einen Bedarf sieht, notwendige – die bundes- und EU-weiten Entwicklungen und Vorgaben begleitende – Maßnahmen zu prüfen, um die Sicherheit bei KRITIS in Baden-Württemberg zu erhöhen (evtl. wissenschaftliche Analysen, Umsetzungshilfen);
13. ob in der Vergangenheit bereits wissenschaftliche Analysen zum Thema Cybersicherheit in der öffentlichen Verwaltung in Baden-Württemberg angefertigt wurden (bspw. zu gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen Behörden oder ob Ausfälle übergeordneter Behörden auch darunterliegende Behörden betreffen würden);
14. ob sie die öffentliche Verwaltung (kommunal wie landesseitig) oder Teile derer in Baden-Württemberg als KRITIS einstuft und welche Vorgaben sie für diese macht (bitte im Falle von vorhandenen Vorgaben im Speziellen auch auf Managementthemen wie Informationssicherheitsmanagement und Kontinuitätsmanagement sowie auf Informationen bzgl. deren Finanzierung eingehen);
15. welche Erkenntnisse und Maßnahmen sie aus dem Sicherheitsvorfall in der Verwaltung des Landkreises Anhalt-Bitterfeld bspw. auch für andere Verwaltungseinheiten wie Regierungspräsidien oder Oberstaatsanwaltschaften abgeleitet hat.

16.12.2025

Seimer, Andrea Schwarz, Dr. Geugjes, Häffner, Hildenbrand, Lede Abal, Sperling, Tuncer GRÜNE

Begründung

Digitale Resilienz wird immer wichtiger. Insbesondere in Krisensituationen ist die digitale Kommunikations- und Arbeitsfähigkeit der Betreiber kritischer Infrastruktur aus den Sektoren Energie, Informationstechnik und Telekommunikation, Gesundheit, Wasser und zeitlich einem Krisenfall jeweils versetzt nachfolgend aus den Sektoren Ernährung, Siedlungsabfallentsorgung, Transport und Verkehr, Medien und Kultur, Finanz- und Versicherungswesen unentbehrlich, um Notfällen mit größeren Ausmaßen begegnen zu können. Ebenso spielt die digitale Notfallkommunikation in den Gemeinden eine entscheidende Rolle in Krisen- und Katastrophenlagen. Der Antrag soll beleuchten, wie das Land die Kommunen dabei unterstützt, digitale Kommunikationswege im Krisenfall aufrecht zu erhalten und inwieweit KRITIS-Einrichtungen in Baden-Württemberg auf kritische Cybersicherheitsvorfälle vorbereitet sind.